

Werk

Titel: Rezensionen

Ort: Bern

Jahr: 2006

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0021 | LOG_0062

Kontakt/Contact

[Digizeitschriften e.V.](#)
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Rezensionen

Gérard Prunier, Darfur. The Ambiguous Genocide, Hurst & Company: London 2005. 212 Seiten. 24,90 €

DER Autor ist ein Afrikanist von internationalem Rang. Einer größeren Öffentlichkeit ist er durch ein Buch über den ruandischen Genozid, insbesondere über dessen Vorgeschichte, bekannt, dem anerkanntermaßen der Rang eines Standardwerks zugewiesen werden kann.

Dieses Buch von Prunier über den »uneindeutigen« Genozid in Darfur umfasst einen Textteil von circa 160 Seiten. Etwa die Hälfte dieser Seiten befasst sich mit der Geschichte Darfurs und notwendigerweise des Sudans. Die andere Hälfte, die um das Jahr 2000 einsetzt, zeigt darauf aufbauend die Radikalisierung des Krieges bis hin zu dem besonders mörderischen Jahr 2004, das die Frage nach der Qualifizierung des Krieges – Genozid, ethnische Säuberung oder lediglich ein Krieg zwischen arabischen und schwarzafrikanischen Stämmen – aufwarf. Die Darstellung endet mit dem Frühjahr 2005.

Der Rückblick auf die Geschichte Darfurs beginnt mit einer kurzen Darstellung der Zeit des Sultanats Darfur (bis 1916). Schon hier erfährt der Leser einiges über die komplexe ethnische Struktur des Landes, die sich nicht, so Prunier mit Blick auf die weitere Entwicklung, auf die einfache Dichotomie »Araber – Afrikaner« reduzieren lässt. Ein Araber in Darfur war noch lange kein Araber im traditionellen

nördlichen – ägyptischen – Verständnis. Viele sahen aus wie Schwarzafrikaner, waren im Widerspruch zum klassischen arabischen Verständnis keine Hirten und überhaupt in einer Region zu Hause, wie man sie sich entlegener kaum vorstellen konnte. Daran änderte sich zunächst, als Darfur Teil eines ägyptisch-englischen Kondominiums wurde (bis zur Unabhängigkeit des Sudan 1956), auch wenig, im Zentrum standen die Hauptstadt Khartum und das Land zu beiden Seiten des Nil. Hier fand die wirtschaftliche Förderung und Entwicklung statt, während die Stammesgebiete im Westen des Landes (arabisch: Dar) vernachlässigt wurden.

Auch nach der Unabhängigkeit blieb dieser Zustand im Großen und Ganzen bestehen. Allerdings kam bald (ab Ende der 60er Jahre) noch etwas anderes hinzu, das aus der Gemeinsamkeit von Rückständigkeit und Elend eine zunehmend angespanntere Situation werden ließ und schließlich in einen offenen Krieg zwischen arabischen und afrikanischen Bevölkerungsteilen in Darfur führen sollte: Im benachbarten Tschad brach 1965 ein Bürgerkrieg aus und im ebenfalls benachbarten Libyen kam Khadafi an die Macht. Wie Prunier aufzeigt, nutzte Khadafi die Konfrontation zwischen dem moslemisch-arabischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden des Tschads, um seinem Ziel, einer Union arabischer Staaten, näher zu kommen. Mit einem aggressiven und rassistisch extrem aufgeladenen Panarabismus und mit erheblichen wirtschaftlichen Leistungen und Versprechungen gelang es ihm, das Regime in Khartum auf seine Seite zu ziehen, das nun seinerseits als Gegenleistung arabische Bevölkerungsteile in Darfur für den Kampf gegen den »afrikanischen« Tschad

mobilisierte. Das wiederum ließ die schwarzafrikanischen Bevölkerungsteile des Darfur zu den Waffen greifen, um ebendiesen »afrikanischen« Tschad zu unterstützen. Damit hatte – und Prunier verdeutlicht dies anhand von vielen Beispielen – eine Gemengelage aus internen und externen Faktoren einen Krieg nach Darfur getragen, der selbst noch andauerte, nachdem »Afrikas Dreißigjähriger Krieg« 1995 beendet war. Der Krieg in Darfur war nunmehr ein reiner Bürgerkrieg, der sich, wie so oft bei Bürgerkriegen und trotz der vielen bereits erlebten Gräueltaten (oder gerade deswegen), in seiner Intensität noch steigerte. Die Fronten verliefen nun zwischen der schwarzafrikanischen Bevölkerung (deren größter Stamm, die Fur, dem Land auch den Namen gab) und den arabischen Bevölkerungsteilen, welche die Unterstützung der Zentralregierung in Khartum hatten. Dabei griff die Regierung vor allem auf die Hilfe von berittenen Einheiten, den so genannten Janjahweed, zurück, deren Geschichte und soziale Zusammensetzung ihnen den zweifelhaften Ruf großer Kampferfahrung und besonderer Grausamkeit einbrachten.

Und doch war, so Prunier, der Bürgerkrieg kein ausschließlich ethnischer Krieg. So wenig wie die Interahamwe-Milizen in Ruanda für alle Hutu standen, so wenig konnten die arabischen Bevölkerungsgruppen in Darfur mit den Janjahweed gleichgesetzt werden. Ökonomische und politische Gründe spielten ebenfalls eine Rolle, und oftmals sogar die entscheidende.

Dass der Bürgerkrieg über Jahre hinweg von der internationalen Öffentlichkeit ignoriert wurde, führt Prunier zu Recht auf einen anderen Krieg zurück,

nämlich auf den Krieg, den die sudanesishe Zentralregierung gegen den Süden des Landes führte. In diesem Krieg zeichnete sich seit 2002/03 ein möglicher Friedensschluss ab, und diese Möglichkeit absorbierte gewissermaßen die internationale Aufmerksamkeit, ganz ähnlich wie die ersten Wahlen nach dem Ende des Apartheidregimes in Südafrika die Aufmerksamkeit von dem Genozid in Ruanda ablenkten. Doch so eindeutig die Analyse zum Geschehen in Ruanda war, so uneindeutig war sie in Bezug auf das Morden in Darfur. Von der EU über die Afrikanische Union (AU) bis zur UNO und zu den USA wurden, wie Prunier in einem konzisen, um eigene Überlegungen erweiterten Überblick beschreibt, verschiedene Interpretationen und Lösungsansätze angeboten, wurde diplomatischer Druck ausgeübt und wurden Resolutionen verabschiedet. All dies mit bis heute zweifelhaftem Erfolg, obschon Prunier einräumt, dass die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) gegen sudanesishe Politiker und Militärs für einige Unruhe in sudanesischen Regierungskreisen gesorgt haben.

Wie gesagt, das Buch endet im Frühjahr 2005, und wir lesen darin also nicht, dass die Unruhe lediglich vorübergehender Natur war. Mord und Vertreibung gehen weiter in Darfur, und die sich selbst so bezeichnende »internationale Gemeinschaft« sucht immer noch nach einer Lösung. Das ändert indes nichts an der Qualität des Buches von Prunier. Es informiert sehr gut, das heißt klar und präzise, über die Genese des Bürgerkriegs in Darfur. Der dafür notwendige längere historische Rückblick stört nicht, denn der Autor versteht es immer wieder, Parallelen zur Gegenwart aufzuzeigen, die das Ver-

KRITIK

ständnis erleichtern. Was in besonderer Weise für das Buch spricht, ist der Umstand, dass es beinahe zwanglos dem Leser die Problematik des Genozidbegriffs vor Augen führt. Da der Begriff, wegen der Schwere des Verbrechens, nach Eindeutigkeit verlangt, ist da, wo die Situation uneindeutig ist, für ihn kein Raum. Auf die Dimension der Verbrechen – in Darfur sind in den letzten Jahren schätzungsweise 300.000 Menschen ermordet worden – kommt es nicht an. Eher, so muss Prunier feststellen, auf die Fähigkeit und Bereitschaft, sie entsprechend zu interpretieren. Denn die Antwort auf die Frage, ob den Verbrechen eine genozidale Absicht zugrunde lag oder liegt, entscheidet ganz erheblich über die Intensität der internationalen Reaktion. Dass damit zugleich einem bestimmten Vorverständnis oder einem gewissen Interesse – zum Beispiel dem an einer ungestörten Energieversorgung oder einem finanzstarken Absatzmarkt – Tür und Tor geöffnet sind, liegt auf der Hand. Das Ausmaß des Leids jedoch, und mit dieser wenig tröstenden und im konkreten Kontext überhaupt nicht moralisierend wirkenden Einsicht entlässt Prunier den Leser, bleibt unverändert.

Gerd Hankel

Ahlich Meyer, Täter im Verhör. Die »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich 1940–1944, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 2005. 472 Seiten. 79,90 €

WÄHREND der Zeit der deutschen Besatzung wurden aus Frankreich nahezu 76.000 Juden in die

Vernichtungslager, meist nach Auschwitz und Sobibor, deportiert. Mit der Studie »Täter im Verhör. Die »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich 1940–1944« hat Ahlich Meyer ein Standardwerk über den »Holocaust im Westen« vorgelegt. Die Fokussierung auf den Ablauf der Deportationen gibt neue Impulse für die Holocaustforschung: Verantwortliche Täter werden benannt, administrative und polizeiliche Abläufe beschrieben, die schrittweise Entrechtung der Juden und der Beginn des Transportes alltagsnah rekonstruiert. Es entsteht ein eindringliches Bild von Razzien in Städten und ländlichen Regionen – ein für Frankreich bislang weitestgehend unerforschtes Gebiet. Meyer integriert, wenn auch ohne explizite Bezugnahme, die Forschungsansätze vieler, zumeist nicht in deutscher Sprache vorliegender französischer Studien (Serge Klarsfeld, Denis Peschanski, Anne Boitel, Marc Oliver Baruch), zu einer neuen, akteurszentrierten Sozialgeschichtsschreibung der Kollaboration.

Die detailgenaue historische Rekonstruktion im ersten Teil des Buches (Studien zur Deportation der Juden aus Frankreich, S. 19–269) hat zwei positive Seiten. Zum einen entsteht ein Narrativ, das eine verstehensorientierte Annäherung an die gewaltsame »Normalität« im französischen Vorhof der Vernichtung ermöglicht. Zum anderen gelingt es in der Art der Darstellung, den Verfolgten zumindest symbolisch die geraubte Handlungsfähigkeit und Würde zurück zu geben.

Im zweiten, sehr viel kürzeren Teil geht die Darstellung der Geschichte aus der Perspektive der Opfer eine gekonnte Verbindung mit der Entlarvung der Täter ein. (Analyse von Täteraussagen, S. 299–

358) In einem diachronen Verfahren wird das historische Geschehen den späteren Erzählungen von Beschuldigten in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bzw. vor Gericht gegenüber gestellt. Der Umgang mit Verhörprotokollen als eigener Quellengattung wird methodisch reflektiert und die Auswertung der Aussagen der Angeklagten und Täterzeugen erfolgt – ebenfalls methodisch interessant – im Spannungsfeld von Täterpsychologie und justizieller Aufarbeitung. Mit dem nationalsozialistischen Völkermord, so Meyer, habe sich das Verhältnis von Wirklichkeit und historischer Wahrheit radikal verändert. Die Ereignisse mussten aufgrund ihrer Ungeheuerlichkeit völlig unglaubwürdig erscheinen, was seinen Niederschlag in den Erzählstrategien der Beschuldigten fand. Ihre »Sprechweisen« (S. 336) verbanden auf spezifische Weise die NS-Zeit mit den »Codierungen« (S. 306) der Nachkriegszeit. Meyer weist schlüssig nach, dass die meisten Selbstdarstellungen nicht auf bloßen Lügen beruhten, sondern in der Unglaublichkeit der Ereignisse selbst ihren Ursprung hatten. Die Arbeitsteilung zwischen Militärverwaltung und SS, die Delegation der eigentlichen Verfolgungspraxis an die französische Polizei und die geographische Entfernung zu den Mordstätten im Osten schufen die Voraussetzungen für die nachfolgende Verleugnung und das mangelnde Unrechtsbewusstsein. Auch Vorwände, Sprachregelungen und sonstige »Angebote zum Wegsehen« (S. 137) hatten bereits während der NS-Zeit die Mitwirkung erleichtert. Die einkalkulierten »Grauzonen des Wissens« (S. 136) konnten nach dem Krieg zu Entlastungsstrategien ausgebaut werden. Lediglich diejenigen, deren Biographien starke Brü-

che aufwiesen, hatten die Bereitschaft, sachdienliche Hinweise zu geben und somit nicht jegliches Wissen um die Vernichtung zu leugnen. (S. 214)

Ahlfried Meyers Studie leistet außerordentlich viel. Sie zeigt nicht nur, wie sich im Wechselspiel zwischen dem historischen Geschehen, den Selbstentlastungen der Beschuldigten und der westdeutschen Justiz die Muster einer kollektiven »Vergangenheitsbewältigung« herausbildeten, sondern bietet auch eine Erzählung über die Deportationen aus Frankreich, die in ihrer dokumentarischen Konkretion weit über die Rekonstruktion reiner Faktizität hinausgeht. Das mit einem Personenregister ausgestattete Buch kann zudem als Nachschlagewerk benutzt werden. Es ist jedoch vor allem aufgrund der methodologischen Hinweise, die in den zahlreichen aktuellen Studien zur Nachkriegsjustiz fehlen, wertvoll und ein Muss für alle Historiker, die mit Justizakten von NS-Prozessen arbeiten wollen.

Anne Klein

Loretta Walz, »Und dann kommst du dahin an einem schönen Sommertag«. Die Frauen von Ravensbrück, Verlag Antje Kunstmann: München 2005. 431 Seiten. 24,90 €

UND dann kommst du dahin an »einem schönen Sommertag« – mit diesen Worten beschreibt Maria Zeh aus Stuttgart (1903–1989) ihre Überstellung im Mai 1939 aus der Lichtenburg, einem Frauen-KZ an der Elbe, nach Ravensbrück, dem gerade neu eröffneten größ-

ten Frauen-KZ des nationalsozialistischen Deutschland.

Maria Zeh ist die erste Ravensbrückerin, die 1978 von der Dokumentarfilmerin Loretta Walz nach ihren Erlebnissen befragt wird. Dieses Interview wird für Loretta Walz zu einem entscheidenden Erlebnis. Über sie lernt die damals 24jährige Filmemacherin 30 ältere Frauen, die »Kameradinnen« von Maria Zeh, kennen: »In ihren geblühten Sommerkleidern sahen sie wie typische Großmütter aus. Doch etwas stimmte nicht an dem Bild, das sich mir bot«, schildert Loretta Walz ihre ersten Eindrücke. »Die Frauen redeten nicht über Krankheiten, Enkelkinder und Königshäuser. Sie diskutierten eine Resolution an die Gewerkschaftsführung, in der sie forderten, für Senioren politische Veranstaltungen statt Kaffeekränzchen anzubieten«. (S. 44) Sie beschreibt ihre ersten Begegnungen mit Frauen aus der damaligen Bundesrepublik, für deren Geschichte sich bis dahin niemand – mit Ausnahme des Verfassungsschutzes – interessiert hatte.

Mittlerweile hat Loretta Walz in einer einzigartigen Sammlung über 200 Video-Interviews aufgezeichnet. Für ihr Buch hat sie 35 Interviews aus den verschiedenen Phasen ihrer Sammlung ausgesucht. Zu Wort kommen hier Frauen aus 15 ost- und westeuropäischen Ländern. Im Mittelpunkt stehen Frauen, deren Lebensgeschichte in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung gefunden hatte: entweder weil sie zur persona non grata von ihren ehemaligen Mitgefangenen erklärt wurden wie Elfriede Schneider (1924–1988) und Hanka Housková (1911–1995) oder weil ihre Geschichte unter die ihrer zumeist auch politisch engagierten Männer subsumiert wurde.

Die Pragerin Hanka Housková hatte sich der Reformbewegung Alexander Dubčeks angeschlossen und 1968 in einer Fernsehansprache einen ›Sozialismus mit menschlichem Anlitz‹ gefordert. Für sie folgten dann die »finstersten Jahre ihres Lebens« (S. 192): Ausschluss aus dem Ravensbrück-Komitee, gesellschaftliche Isolation und auch ihren einzigen Enkel durfte sie nicht mehr sehen, weil sie selbst für die Schwiegertochter, eine strenge Genossin, die »Verräterin« war.

Elfriede Schneider wurde von den Frauen der Lagergemeinschaft Ravensbrück gemieden, weil sie den ritualisierten Erzählungen der politischen Häftlinge von Solidarität und Gemeinschaft auch ihre Erinnerungen an Feindseligkeit und Eigennutz entgegensetzte. Im Zentrum des Buches stehen von den Geschichtswissenschaften lange vernachlässigte Themen wie das Leben der Funktionshäftlinge, die aufgrund ihrer privilegierten Arbeiten den Gefährdungen des Lageralltags weniger ausgesetzt waren. Zu einer Art »Mithelfer« geworden zu sein, belastet diese Häftlinge bis heute. (S. 161)

Andere Kapitel widmen sich den »Häftlingen in der SS-Küche«, den medizinischen Experimenten, Geburten und Sterilisationen von Sinti und Roma und dem (Über-)Leben von Kindern und jüdischen Frauen in Ravensbrück.

Viele unterschiedliche Aspekte des Lagerlebens werden mosaikartig zu einer großen Erzählung über das Frauen-KZ Ravensbrück zusammengefügt. Die Erinnerungen der interviewten Frauen werden zueinander in Beziehung gesetzt und unter thematischen Gesichtspunkten parallel erzählt. Loretta Walz hat in ihren Interviews, die der Oral-History-Methode

folgen, immer »das ganze Leben« (S. 22) der Frauen im Blick. Sie stellt Fragen zur Widerstandsarbeit, den Umständen der Verhaftung und auch, wie die Kinder und Männer der Frauen mit den Erinnerungen umgegangen sind.

Entstanden ist der Intention zufolge ein »möglichst umfassendes Bild der Lagergeschichte« (S. 26) des ehemaligen größten Frauen-KZ auf deutschem Boden. Aber auch ein vielschichtiger Bericht über die Mühen und Schwierigkeiten der Interviewpartnerinnen, sich nach der Befreiung in eine oftmals ignorante und feindselige Nachkriegsgesellschaft einzugliedern.

Die Sinti-Frau Sophie Wittlich (1913–1991), die fünf Kinder verloren hat und in Ravensbrück sterilisiert wurde, kämpfte in der damaligen Bundesrepublik viele Jahre vergeblich um eine Wiedergutmachung. Der Gutachter im Entschädigungsverfahren im Jahre 1953 war ein alter Kollege desjenigen SS-Arztes, der die Sterilisation durchgeführt hatte. Abgelehnt wurde auch 1979 ein Verfahren vom Landesamt für Wiedergutmachung Baden-Württemberg mit der Begründung, dass sie ja schließlich »nach Kriegsende mit drei Kindern ein Familienleben hat führen können«. (S. 349) Erst ein Jahr vor ihrem Tod erhielt sie eine Entschädigung und ihre Rente wurde auf etwa 1000 DM angehoben.

In der Haftsituation wurden Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern in eine Extremsituation gemeinsamen Er- und Überlebens gezwungen. So unterschiedlich die Frauen auch sind, eint sie doch die Erinnerung an einen Ort, der ihr (Über-)Leben wesentlich prägte. Viele Frauen werden nach ihrer Rückkehr von ihren Kindern abgelehnt, leiden gesund-

heitlich an den Spätfolgen der Haft, haben Schwierigkeiten, einen Lebenspartner zu finden, der mit den quälenden Erinnerungen umgehen kann, und fast alle werden bis ins hohe Alter von immer wiederkehrenden Albträumen heimgesucht.

Loretta Walz gelingt eine überzeugende Auswahl der Interviews, die sie zurückhaltend kommentiert und in den historischen Kontext setzt. Ihr gelingt eine eindrucksvolle Verknüpfung von historischer Dokumentation, individueller Geschichte und persönlicher Gestaltung von Erfahrung. Entstanden ist eine »Schatzkammer ... die ihresgleichen suchen wird«, wie Sigrid Jacobeit, von 1992 bis 2005 Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, im Vorwort schreibt. Die transkribierten Interviews von Loretta Walz im Archiv der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück bilden seit Jahren die Basis für die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte Ravensbrücks und deren Folgen.

Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Buches, anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung Ravensbrücks, hat Loretta Walz auch einen Film aus ihrer Sammlung zusammengestellt. Einen ganz besonderen Film, der 2006 zu Recht für den Grimme-Preis nominiert worden ist.

Der Film »Die Frauen von Ravensbrück«, 90 min, DVD, kann bezogen werden über: Loretta Walz, Videoproduktion Berlin, www.loretta-walz.de.

Kathrin Meß

Florent Brayard, La »solution finale de la question juive«. La technique, les temps et les catégories de la décision, Éditions Fayard: Paris 2004. 650 Seiten. 28 €

SEIT den Studien von Léon Poliakov und Joseph Billig haben französische Autorinnen und Autoren 50 Jahre lang keine Gesamtüberblicke über den Völkermord an den europäischen Juden mehr veröffentlicht. Um so mehr ist es zu begrüßen, dass nun ein junger Nachwuchshistoriker wieder den Blick auf den Gesamtkomplex gerichtet hat. Florent Brayard ist in der internationalen Forschergemeinde dreisprachig verankert und hat in den vergangenen acht Jahren über die technologischen Aspekte der Shoah gearbeitet. Die Voraussetzungen waren also gegeben, um diese doppelt zermürbende Aufgabe zu wagen: Die Geschichte des Völkermords an den europäischen Juden bildet seit etwa zwanzig Jahren einen kaum mehr zu überblickenden Schwerpunkt bei der Erforschung des zweiten Weltkriegs, und mit der Akkumulation des dabei erreichten Wissens geht eine emotionale Belastung durch die dabei sichtbar gewordenen Abgründe einher, die bei jedem, der sich mit ihnen auseinandersetzt, tiefe Spuren hinterlässt.

Brayard beginnt seine Untersuchung mit einer Analyse des »Endlösungs«-Plans Himmlers vom Juni 1942, der zwar verschollen, aber in seinen entscheidenden Zielsetzungen überliefert ist: Aus dem deutschen Herrschafts- und Einflussbereich sollten innerhalb eines Jahrs alle Juden nach Osteuropa deportiert und dort entweder direkt in den Vernichtungslagern ermordet oder durch Zwangs-

arbeit vernichtet werden (S. 29 ff.) Zu diesem Zeitpunkt rechnete nicht nur die SS-Führung mit einem siegreichen Kriegsausgang, und bis zum Sommer 1943 sollte das bis zum Ural und zum Kaukasus eroberte Osteuropa als besondere SS-Herrschaftssphäre der deutschen Weltmacht gesichert sein, deren Infrastruktur im Ergebnis der Zwangsmigration von Millionen jüdischer Arbeitsklaven entstehen sollte.

Im ersten Hauptteil untersucht Brayard die Durchführung dieses gigantischen Völkermordprojekts zwischen Juni 1942 und Juni 1943. Dabei konzentriert er sich auf die drei wichtigsten territorialen Schwerpunkte des Genozids: Das besetzte Osteuropa als Deportations- und Operationsziel (1. Kap. S. 39 ff.), die Einbeziehung des Reichsgebiets und des Protektorats Böhmen und Mähren (2. Kap. S. 71 ff.), sowie die Deportationsregionen West- und Südosteuropa. (3. Kap. S. 109 ff.) Dabei arbeitet er ihre Besonderheiten heraus und verknüpft sie zugleich mit dem übergreifenden völkermörderischen Vorhaben. Im Osten, insbesondere im Generalgouvernement und in Weißrussland wurden alle arbeitsfähigen Juden in riesigen Zwangsarbeitslagern zusammengefasst, und parallel dazu entstanden die technologisch aufgerüsteten Vernichtungszentren zur Tötung der aus den Gettos und dem übrigen Europa zusammen getriebenen »Arbeitsunfähigen«. In Deutschland und im Protektorat begann die zweite abschließende Deportationswelle mit Theresienstadt als Durchgangslager, während die SS-Stäbe im Verein mit den »Judenreferenten« der Besatzungsbehörden und des Auswärtigen Amts die Deportation der Juden aus West- und Südosteuropa vorantrieben. In

mehreren, in die Regionalanalysen eingeflochtenen Abschnitten und in einer ersten Zwischenbilanz (S. 184 ff.) rekonstruiert der Verfasser zusätzlich einige strukturelle Besonderheiten des Vorgehens im Entscheidungsjahr der »Endlösung«: Er weist erstens nach, dass die Entwicklung industrieller Vernichtungstechniken (Gaswagen, getarnte stationäre Vergasungseinrichtungen auf der Basis von Kohlenmonoxid und Blausäure) mit dem Ausgreifen der Deportationsplanung auf die gesamte europäische Herrschafts- und Einfluss-Sphäre parallel ging. (S. 121 ff., 250 ff., 293 ff.) Und er macht zweitens den infrastrukturellen Kontext des Genozidprogramms deutlich, nämlich die Pläne zur Umwandlung der Zwangsarbeits- und Konzentrationslager in Zentren der Rüstungsproduktion sowie zur Realisierung der Siedlungs- und Infrastrukturpläne des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums und die logistischen Vorhaben des Amtes Haushalt und Bauten des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts.

Nach dieser Analyse des Entscheidungsjahrs 1942/43 untersucht Brayard im zweiten Teil seiner Studie die Vorgeschichte der Shoah seit dem Beginn des zweiten Weltkrieges: Die ersten Juden deportationen als Teil der »Umsiedlungen« (5. Kap. S. 203 ff.), den Umschlag vom Massaker zum Genozid nach dem Überfall auf die Sowjetunion (7. Kap. S. 276 ff.) und die damit gekoppelte Radikalisierung der antijüdischen Politik der NS-Diktatur zum Konzept einer »Endlösung der Judenfrage« im Verlauf des Jahres 1941. (8. Kap. S. 320 ff.) Auch hier achtet der Verfasser auf territoriale Differenzierungen. Zusätzlich konzentriert er sich noch stärker als im ersten Hauptab-

schnitt auf die allmähliche Herausbildung der Technologie der Massenvernichtung, die den Übergang von den mehr oder weniger systematischen Massakern eines einseitig hinter den Fronten geführten Bürgerkrieges zum europaweit ausgreifenden Völkermord erst möglich machte. (6. Kap. S. 244 ff.)

Der konzeptionelle Ansatz des Buchs ist beeindruckend. Der Verfasser hat mit der einleitenden Fokussierung auf die planvoll realisierte Durchbruchskonstellation vom Sommer 1942 bis 1943 eine Sichtweise gewählt, die keineswegs üblich ist, in ihrem Ergebnis aber überzeugt. Er bewegt sich damit außerhalb überholter methodischer Streitfragen und betrachtet die Shoah als eine »verwirklichte Prophezeiung« (9. Kap. S. 378 ff.), die gleichwohl in ihren verschiedenen Entwicklungsetappen kontingent verlief und erst mit dem »Gesamtplan« Himmlers vom Juni 1942 eine koordinierende und steuernde Struktur erhielt. Für Fachleute mag dies vertraut klingen. Wenn sie sich aber in jene Passagen hineinlesen, in denen Brayard die technologischen »Innovationen« beim Übergang von den Massakern zum Völkermord analysiert und zu den sich radikalierenden Entscheidungen zurückschließt, dann eröffnen sich für sie wie für die historisch interessierten Leserinnen und Leser neue Dimensionen.

Brayards Studie ist beeindruckend und bedrückend zugleich. Sie fasst in vielen Bereichen die Forschungsergebnisse der vergangenen zwei Jahrzehnte souverän zusammen und integriert sie in die Gesamtanalyse, beispielsweise über die Bedeutung Weißrusslands als Nebenzentrum der Massenvernichtung. Insofern hilft sie uns, den Überblick über das Ge-

samtgeschehen wieder zu gewinnen. Aber sie hat auch Defizite, wenn man sie an dem Anspruch misst, einen Gesamtüberblick über die Shoah zu vermitteln. Sie konzentriert sich ausschließlich auf die Vordenker, Planer und Exekutoren der Shoah, und die Opfer kommen nicht zu Wort. Bei der grausamen Asymmetrie des Geschehens erscheint dies nahe liegend, ist aber aus prinzipiellen historiographischen wie faktischen Gründen problematisch, denn die Flucht-, Vermeidungs- und Widerstandshandlungen der Verfolgten sind Bestandteil einer jeden Geschichte der Shoah. Auch die sozialgeschichtlichen Kontexte bleiben weitgehend ausgeklammert, wobei sich vor allem die Analyse der Fleckfieber-Politik der Deutschen als Hebel zur Einbettung des völkermörderischen Geschehens in die Geschichte der Okkupationsherrschaft in Osteuropa geeignet hätte. Des Weiteren fehlt ein Blick auf das letzte Kapitel des Völkermords, die Deportation und Ermordung der ungarischen Juden im Jahr 1944, wobei nicht mehr der SS-Archipel, sondern die Flugzeugindustrie und die Stäbe des Rüstungsministeriums die Rahmenbedingungen der »Vernichtung durch Arbeit« diktierten. Auch die Verstrickung der Wehrmacht bleibt weitgehend ausgeklammert, und es stellt sich die Frage, warum der Verfasser von seiner bislang eher zurückhaltenden Einschätzung des SS-Experten Kurt Gerstein abrückt und ihn nun ebenfalls als Heroen des Widerstands feiert. (S. 124 ff.)

Mit diesen Bemerkungen möchte ich die Bedeutung der Studie jedoch nicht schmälern, zumal eine wirklich umfassende Geschichte der Shoah die Kräfte eines einzelnen Wissenschaftlers übersteigt und in einem einzigen Buch nicht niedergelegt

werden kann. Florent Brayard hat unseren Blick auf den Gesamtzusammenhang der Shoah gestärkt und uns die furchtbare Beziehung zwischen den technologischen »Innovationen« und der Radikalisierung der Entscheidungsstrukturen verdeutlicht, die letztlich dazu führten, dass die völkischen Vernichtungsfantasien Wirklichkeit wurden.

Karl Heinz Roth

Bettina Völter, Judentum und Kommunismus. Deutsche Familiengeschichten in drei Generationen, Leske + Budrich: Opladen 2003. 336 Seiten. 24,90 €

»JÜDISCHER Kommunismus« – eine historisch mehrfach als Feindbild genutzte Verbindung: Wie prekär diese Verknüpfung aber tatsächlich ist, lässt sich einer Veröffentlichung der Berliner Soziologin Bettina Völter entnehmen. Thema des Buches ist die Rolle von Judentum und Kommunismus in Familien jüdischer KommunistInnen, die während des Nationalsozialismus in die UdSSR oder westeuropäische Länder emigriert waren und nach Kriegsende in die DDR zogen.

Die im Jahr 2000 angenommene Dissertation wendet sich der in der Biographieforschung zentralen Frage nach der Bedeutung der Vergangenheit für individuelle und familiäre Entwicklungsprozesse zu. Ziel der Untersuchung ist, heraus zu finden, was es für deutsche Jüdinnen und Juden bedeutete, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust in die DDR zu ziehen, wie sie dort mit

ihren spezifischen Erfahrungen lebten, und welche Bedeutung der Untergang des Sozialismus für ihre Selbstidentifikation erlangte.

Die Analyse von biographischen Interviews mit ehemals Verfolgten, deren lebensgeschichtlichen Präsentationen in Form von Publikationen oder parteiinternen Stellungnahmen in der Vergangenheit, Interviews mit Kindern und Enkelkindern sowie Familiengespräche bieten Einblicke in die Produktion von innerfamiliären und gesellschaftlichen Diskursen über die Vergangenheit. Der antifaschistische Diskurs der DDR wird als weiteres Untersuchungsobjekt eingeführt, um die sozialhistorischen Rahmenbedingungen für persönliche und Generationen übergreifende Verarbeitungsformen zu klären.

Mit der Verknüpfung von Biographieforschung und Diskursanalyse bedient sich Völter eines noch jungen methodischen Ansatzes, mit dem eine umfassende Kontextualisierung der Konstitution und Konstruktion von Lebensgeschichten angestrebt wird. »Antifaschismus« wird hier als der hegemoniale Deutungs- und Wertungshorizont begriffen, der den spezifischen Rahmen für die Selbstidentifikation der ehemals Verfolgten markierte. Eine ausführliche Charakterisierung des antifaschistischen Diskurses ist der Darstellung von fünf Fällen vorangestellt. Diese Reihenfolge erweist sich als problematisch, denn die kumulierte Darstellung einer Diskursanalyse auf der Basis vorliegender Literatur evoziert eine Art Lesebrille, durch welche die Lebensgeschichten oftmals als »Beleg« für die andernorts herausgearbeiteten Diskurselemente erscheinen. Eine stringenter Verschränkung der Methoden auch in der Darstel-

lung hätte den bekannten Einsichten in die Funktionsweise des real existierenden Sozialismus möglicherweise neue Aspekte hinzufügen können. Die Stärke des Buches liegt ja gerade darin, Momente der Brüchigkeit des hegemonialen Diskurses offen zu legen.

So wird beispielsweise die explizite und der Parteilinie folgende Distanzierung der Großelterngeneration von der jüdischen Religion kontrastiert durch Spuren der Sozialisation in einem jüdischen Milieu auf der Handlungsebene, etwa bei der Namensgebung von Kindern.

Die Ergebnisse der Studie lassen sich auf zwei zentrale Momente verdichten:

Zum einen legen die Biographien nahe, dass Judentum und Kommunismus in einem Konkurrenzverhältnis stehen, das ein paralleles Bekenntnis zu beiden unmöglich macht. So hat es in den untersuchten Familien Konflikte bereits bei der Hinwendung der jetzigen Großelterngeneration zum Kommunismus gegeben, die bis zum Bruch zwischen Eltern und Kindern reichten. Zu DDR-Zeiten war das Judentum im Vergleich zur kommunistischen Bewegung zur sekundären Bezugsgröße geworden. Neben der Ausblendung religiöser Traditionen nennt die Autorin hier den fehlenden positiven Bezug auf den Staat Israel, der in den Selbstrepräsentationen zu verzeichnen ist.

Die jüdische Herkunft wird als biographische Ressource erst für die Neuorientierung in der Nach-Wende-Gesellschaft genutzt, zu beobachten sind Eintritte in die jüdische Gemeinde oder Forschungen zur Familiengeschichte. Erstmals erfahren Kinder und Enkelkinder von der Ermordung jüdischer Vorfahren im Holocaust, von der »doppelten« Verfolgung

KRITIK

ihrer Eltern im Nationalsozialismus, die in der DDR ausschließlich als *kommunistische* Widerstandskämpfer geehrt worden waren und sich selbst als solche identifiziert hatten.

Zweite wichtige Erkenntnis ist, dass der antifaschistische Diskurs für Einzelne positive lebensgeschichtliche Bedeutung erlangte insofern, dass er zwar die Verdrängung Angst besetzter oder schmerzhafter Erfahrungen wie der Ermordung jüdischer Angehörigen unterstützte, gleichzeitig aber die Verfolgungsvergangenheit der Großeltern als KommunistInnen aufgriff und somit das – wenn auch begrenzte – Reden über die Vergangenheit ermöglichte. Auf diese Weise konnten die Beteiligten verhindern, dass die nationalsozialistischen Verbrechen dem Wissen nachfolgender Generationen gänzlich entrisen wurden.

Die »stellvertretende Trauer« über verfolgte KommunistInnen in der Familie ist die möglicherweise unbewusste Konsequenz aus der Weigerung der DDR-Regierungen, jüdischen Opfern des nationalsozialistischen Regimes eine gleichwertige Anerkennung und Unterstützung wie den als »Widerstandskämpfern« charakterisierten politisch Verfolgten anzubieten.

Zudem, und dies sei hier als Ergänzung angemerkt, war der Antifaschismus ein Angebot an die Betroffenen, sich der von den Nazis vorgenommenen negativ besetzten Stigmatisierung als Jüdin / Jude wieder zu entledigen – die Biographien weisen daraufhin, dass sich einige der Interviewten bewusst vom religiösen Judentum ihrer Eltern abgewandt und eine andere Identität gewählt hatten, bevor sie von den Nazis gleichsam zurückgestoßen wurden in überwinden geglaubte Zuge-

hörigkeiten. In anderen Familien dient(e) das Bekenntnis zum Kommunismus der Fortsetzung der Assimilation in eine nicht-jüdische Umgebung, wie sie die unter anderen Vorzeichen bereits von vorangehenden Generationen begonnen wurde.

Die Untersuchung thematisiert eine wiederkehrende Problematik für Menschen jüdischer Herkunft, nämlich ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten immer wieder durch den Konflikt zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung bestimmt zu sehen. In diesem Sinne beinhaltet sie die Aufforderung insbesondere an die linke Bewegung, über ihr eigenes Unvermögen zu reflektieren, zwischen nationaler, religiöser oder kultureller jüdischer Identität und selbst gewählter politischer Identität zu differenzieren und diese nicht per se als widersprüchlich zu betrachten: Anerkennung fanden jüdische Identitäten in der DDR, der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern erst, als kommunistisch oder sozialistisch orientierte Identitäten entwertet wurden. Dieser Geschichte muss sich eine auf Emanzipation gerichtete Politik stellen, um etwa weithin beobachtbaren Prozessen der Renationalisierung bzw. des Rückbezugs auf Religion mit zuweilen fatalen Folgen begegnen zu können.

Bettina Völter hat eine beachtenswerte Untersuchung vorgelegt. Sie enthält neue Einsichten in das Leben von Menschen jüdischer Herkunft in der DDR, zumal von Überlebenden des nationalsozialistischen Genozids. Zum anderen dokumentiert sie Möglichkeiten, anhand individueller bzw. familiärer Prozesse umfassendere gesellschaftliche Zusammenhänge nachzuvollziehen und nach deren

Konsequenzen für das Handeln in diesen Kontexten, aber auch nach der Rolle der Handelnden für die Konstitution der Rahmenbedingungen zu fragen. Der umfassende Einblick in die Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung, die von der Wahl der Methoden über deren Anwendung bis hin zur Formulierung der Ergebnisse transparent und nachvollziehbar vorgestellt wird, dürfte insbesondere Neulingen auf dem Gebiet der sozialgeschichtlich orientierten Biographieforschung, aber eben auch zeitgeschichtlich Interessierten zahlreiche Anregungen geben.

Anika Walke

Eduard Mühle, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Droste-Verlag: Düsseldorf 2005. 732 Seiten. 50 €

AUBIN zählt zu den renommiertesten Historikern seiner Zeit (1885–1969). Als Mediävist scheute er nicht den Blick zurück ins Altertum. Ihn faszinierte die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, deren bedeutsamstes Publikationsorgan er mit herausgab. Über die rheinische Landesgeschichte kam er zur Volksboden- und Kulturraumhistorie und avancierte zu einem ihrer Nestoren. Diese rückte nach seiner Breslauer Berufung 1929 im Rahmen der Ostforschung in den Mittelpunkt seines Schaffens. Ihr widmet der Biograph in Form einer Habilitationsschrift sein Hauptaugenmerk. Dem geschichtlichen Werden und Wirken der Völker und Staaten des Ostraumes ver-

sagte Aubin seine Aufmerksamkeit. Sie spielten lediglich den Widerpart deutscher Interessen. Aubin war Historiker aus politischer Leidenschaft unter dem Motto: »Für Volk und deutschen Osten«. Diesen seinem Wissenschaftsverständnis zu Grunde liegenden politischen Impetus versuchte Aubin in der Weimarer Republik in revisionistischer, während des Dritten Reiches in expansionistischer Absicht und nach 1945 unter dem Vorzeichen des Rechts auf Heimat zur verpflichtenden Maxime der Ostforschung werden zu lassen. Dass ihm dies weitgehend gelang, ist nicht zuletzt seinen Schlüsselpositionen in wissenschaftspolitisch bedeutsamen Gremien zuzuschreiben. Aubin wollte und erlangte, dies macht sein Biograph deutlich, wissenschaftspolitischen Einfluss, wie er ihn in der NS-Zeit als stellvertretender Vorsitzender und Sektionsleiter der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft, in der Bundesrepublik als Gründer und Präsident des Herder-Forschungsrates und Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands ausübte, um seine Intentionen von einer gegenwarts- und zukunftsorientierten Historik Wirklichkeit werden zu lassen.

Mühle entwirft in darstellerisch imponierender Manier ein Lebensbild des Zeitzeugen und Historikers Aubin vor dem Hintergrund seiner sozialen Herkunft und seines ethnischen Umfeldes inmitten eines sich wandelnden kulturellen und politischen Szenarios als Repräsentanten politisierter deutscher Ostforschung. Zeitgenössische Ost- und Südostforscher thematisierten nicht selten die Konflikte der eigenen Volksgruppe mit Fremdvölkischen in historischem Kontext unter politischer Perspektive. Die Abneigung

KRITIK

des im böhmischen Reichenberg aufgewachsenen Fabrikantensohnes gegenüber den Tschechen und später den Polen fand ihren Ausdruck im bewussten Verzicht, deren Sprache zu erlernen. Seine anti-slawischen Ressentiments, so bekundet Mühle, rührten nicht nur aus seiner heimatlichen Begegnung mit dem Tschechentum, sondern wurden durch seine Erfahrungen als österreichischer Offizier des Ersten Weltkrieges in Galizien und Russland genährt.

Folgt man Mühles Darstellung, dann hat Aubin erst Mitte der 30er Jahre, nachdem sich ein Hochschulwechsel als unmöglich erwiesen hatte, seine Übersiedlung nach Breslau als Rückkehr in die ostdeutsche Heimat verstanden, nun erst mit der Verpflichtung zu politisch kämpferischer Wissenschaft. Aber Volksboden- und Kulturraumhistorie besaßen intentional eine revisionistische und hegemonial-expansive Dimension, auch bereits in Arbeiten Aubins zur Westforschung. Genau deshalb hatte die Breslauer Universität eine in diesem Sinne verstandene Auseinandersetzung Aubins mit der polnischen Geschichtswissenschaft und Publizistik zur – auch von Mühle erwähnten – Bedingung seiner Berufung gemacht.

Obwohl Mühle die parteipolitische Distanz Aubins zur NSDAP nachdrücklich herausstellt, weist er doch auf grundlegende wechselseitige Affinitäten hin: den nationalkonservativen Historiker verband mit den NS-Machthabern das Ideal eines geschlossenen deutschen Volkskörpers, die Überzeugung von der kulturellen Überlegenheit der germanischen Rasse zum Beispiel gegenüber den Slawen und der daraus auch historisch zu begründende Anspruch politischer Dominanz und territorialen Hinausgreifens

über die Grenzen des Deutschen Reiches bismarckscher Prägung. Verständlich also, dass Aubin die Wiedereinführung der Wehrpflicht ebenso freudig begrüßte wie die Besetzung der Rheinlande, die Rückgliederung des Saargebietes, den Einmarsch in Österreich, die Zerschlagung der Tschechoslowakei sowohl unter dem Aspekt des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen wie unter dem der Strafe für die Missachtung dieses völkerrechtlichen Prinzips durch die Prager Regierung. Was Mühle unerwähnt lässt, ist Aubins auf der Eröffnungsfeier der »Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung« 1940 gefundene kulturhistorische und rassenkundliche Begründung. War seiner Ansicht nach doch »das ganze Tschechentum [...] völlig durchtränkt mit Deutschtum, nicht nur kulturell durch eine immerwährende Infiltration, [...] sondern auch rein biologisch durch unaufhörliche Blutabgaben«.

Wie zahlreiche nationalkonservative Gesinnungsfreunde hat Aubin den Überfall auf Polen samt deutscher Neuordnung als kulturhistorisch gerechtfertigt und politisch wie ökonomisch notwendig ebenso begrüßt wie den auf die Sowjetunion, als Präventivmaßnahme gegenüber einem Vordringen des nun bolschewisierten so genannten Asiatentums. Sein auf kulturellem Überlegenheitsgefühl basierender Kulturdünkel besaß fließende Grenzen zum Rassismus. Sein Antisemitismus bleibt ambivalent wegen seiner als existenzbedrohend empfundenen möglichen jüdischen Abstammung seiner Frau, ein Sachverhalt, an dessen exakter Aufklärung zuständige Universitäts- und Reichsbehörden letztlich aber nicht interessiert waren. Laut Mühle hat sich

Aubin an der »Entjudung« der Universität Breslau nicht aktiv beteiligt, was allerdings im Gegensatz zu einer brieflichen Nachkriegsaussage seines dortigen Assistenten, damaligen Dozentenführers und SD-Mitarbeiters, steht.

Über die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft und deren »Publicationsstelle Dahlem« bewegte sich Aubin permanent im Dunstkreis der SS und ihrer Volkstumspolitik. Es ist nicht unerheblich, dass die immer noch diskutierte Polen-Denkschrift Theodor Schieders auf einer sehr konkreten Vorgabe der Breslauer Siedlungs- und Volkstumshistoriker Walter Kuhn und Aubin beruht, eine Tatsache, die Mühle in ihrer Bedeutung herunterspielt. Sie brachte im Osten bekanntlich eine deutliche Abgrenzung zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung, eine Massenumsiedlung der letzteren mit einem Helotendasein ohne elitäre Führungsschicht in einem separaten Siedlungsgebiet ebenso in Vorschlag wie eine »Entjudung«. Wie sehr sich Aubin mit solchem Gedankengut identifizierte, ist einem Vortrag vom Dezember 1939 zu entnehmen, den Mühle nicht in gedanklichen Zusammenhang mit der Schieder-Denkschrift stellt. Aubin lehnt darin eine Assimilation der Polen in deutschem Siedlungsgebiet ab und plädiert für eine Grenzziehung nach dem Prinzip strenger Rassentrennung: »Wir [...] sehen in der Vollendung der immer noch nicht abgeschlossenen Entmischung eine Sicherung für uns, eine Entlastung unseres Nachbarschaftsverhältnisses«. Wenn die Biographie ein Defizit ausweist, dann ist es die rassistische Komponente Aubin'schen Denkens.

Aubin wusste junge Wissenschaftler in Breslau um sich zu scharen, die im Sinne

nationalsozialistischer Volkstumspolitik wirkten. Diesen hat er, und dies bleibt bei Mühle unerwähnt, in der Bundesrepublik ebenso zu einflussreichen Wissenschaftspositionen verholfen, wie er überhaupt maßgeblich daran beteiligt gewesen ist, das einstige Netzwerk der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft neu zu knüpfen. Mit Hilfe des Gesamtdeutschen Ministeriums gelang Aubin die Restitution der alten Ostforschung in weitgehender personeller und thematischer Kontinuität in neu gegründeten Institutionen. Doch Mühle verweist auch auf Diskussionen innerhalb des Herder-Forschungsrates im Bemühen um eine Entpolitisierung dieser Ostforschung, die aber zumindest im außeruniversitären Bereich bis in die 70er Jahre hinein misslang. Was Aubin betrifft, so hat er zunächst die aus der Versailler östlichen Neuordnung resultierende nationale und persönliche Betroffenheit zum Bezugspunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit in politischer Absicht gemacht. Das blieb auch so in der ostpolitischen Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg. Aubin war kein Nationalsozialist, vielmehr der Überzeugung, das NS-Regime im Sinne seiner volkstumspolitischen Ambitionen instrumentalisieren zu können.

Mühle hat sich um eine Darstellung ohne Anklage, um Verstehen und Verständnis für politische Irrungen seines biographischen »Helden« im Widerschein von dessen imponierendem wissenschaftlichem Œuvre als Ausdruck weit verbreiteter politischer Befindlichkeit ostdeutscher Bevölkerung bemüht. Er hat nicht nur eine beachtliche Biographie vorgelegt, deren Einzelergebnisse es zu diskutieren gilt, sondern zugleich auf der

KRITIK

Grundlage reichhaltigen Quellenmaterials und publizierten Schrifttums zu guten Teilen eine Geschichte der ostdeutschen Historiographie.

Hans-Erich Volkmann

Michel Foucault, Die Macht der Psychiatrie. Vorlesungen am Collège de France 1973/74, hg. von Jacques Lagrange, aus dem Französischen von Claudia Brede-Kronersmann und Jürgen Schröder, Suhrkamp Verlag: Frankfurt a.M. 2005. 600 Seiten. 36 €

MIT der posthumen Veröffentlichung von zwölf Vorlesungen, die Michel Foucault 1973/74 am Collège de France gehalten hat und die nun als *Die Macht der Psychiatrie* in deutscher Übersetzung vorliegen, eröffnet sich eine weitere Perspektive auf das vielschichtige Werk eines der nach wie vor anregendsten Denker des französischen Poststrukturalismus. Dabei scheint, zumindest auf den ersten Blick, das Thema nicht neu, hatte sich doch bereits Foucaults erstes großes Buch, *L'Histoire de la Folie* (1961), in kritischer Absicht mit der historisch schwankenden Grenze zwischen Wahnsinn und Vernunft befasst. Die Wiederaufnahme seiner früheren Studien in den Vorlesungen der 70er Jahre nimmt jedoch zwei wesentliche Veränderungen vor, indem sie zum einen historisch dort ansetzen, wo *L'Histoire de la Folie* aufhört, nämlich mit dem Beginn der modernen medizinischen Psychiatrie im 19. Jahrhundert, und zum anderen, weil sie einen in weiten Teile neuartigen Analyse-

ansatz verfolgen, der für die späteren Arbeiten Foucaults prägend bleiben sollte. Hatten sich die früheren Untersuchungen um eine Darstellung der sich wandelnden Vorstellungen und Wahrnehmungen des Wahnsinns bemüht, geht es jetzt um ein Geflecht von Machtbeziehungen – von Foucault ›Dispositiv‹ genannt –, von dem ausgehend sich erst ein spezifisches Wissen um die Geisteskrankheiten hat bilden können.

Der in den Vorlesungen zum ersten Mal eingeführte eigenwillige Machtbegriff Foucaults hebt sich ab vom üblichen Gebrauch des Begriffs der Gewalt, die einen Verursacher hat und repressiv wirkt. Dagegen interessiert sich Foucault für plurale und anonyme ›Mikromächte‹, die auf der Ebene eines komplexen Beziehungsgeflechts zwischen verschiedenen Personen, Verhaltensweisen, Vorschriften, Körpertechniken und räumlichen Anordnungen anzusiedeln sind. Ihre Wirkung beschränkt sich nicht auf Sanktion und Unterdrückung, sie sind vielmehr ›produktiv‹, indem sie die darin eingespannten ›somatischen Singularitäten‹ individualisieren, sie in eine funktionale Gesamtheit einpassen und einen bestimmten Wissensdiskurs ermöglichen. Ihr Ziel besteht in einer Disziplinierung, einer Anpassung an eine Norm, durch eine möglichst umfassende Kontrolle und Beobachtung.

Foucault veranschaulicht seine machttheoretische Hintergrundannahme an den Veränderungen im Umgang mit Wahnsinnigen im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert. Entscheidend für diese Zeit der ›Protopsychiatrie‹ ist das Aufkommen von großen Irrenanstalten mit einem Heilungsanspruch. Zwar gab es auch zuvor Asyle, in denen Wahnsin-

nige zumeist in Ketten oder Zellen eingesperrt wurden. Paradoxerweise aber verläuft die Befreiung der ›Irren‹ von ihren Ketten parallel zu einer systematischen Einsperrung von Wahnsinnigen in die neuen Kliniken. Was wie eine Humanisierung aussehen mag, so Foucault, war tatsächlich nur eine andere Form der Unterwerfung. Die Anstalt wird zum Ort einer neuartigen Disziplinarmacht, der umfassenden Kontrolle und Beobachtung, die den Wahnsinn zu einer Geisteskrankheit erklärt und einer ›moralischen Behandlung‹ unterziehen möchte. Dabei stellt der Arzt nur eine – wenn auch entscheidende – Funktion innerhalb der gesamten Anstaltsorganisation dar. Er vertritt die Autorität des medizinischen Wissens, doch der Erfolg der Behandlung hängt nicht minder von dem restlichen Personal, der Unterbringung, den Möglichkeiten zur Arbeit in den Gärten oder anderen Einrichtungen der Anstalt und der gesamten Planung eines geregelten Tagesablaufes ab.

Die ungewöhnliche These Foucaults lautet daher, dass sich die moderne Psychiatrie nicht auf einem Erkenntnisfortschritt der Medizin gründet, sondern im Rahmen einer allgemeinen Disziplinarmacht entsteht, die sich in ähnlicher Weise auch in anderen Institutionen, wie Gefängnissen, Kasernen und Schulen, finden lässt. Das theoretische Wissen um den Wahnsinn, seine verschiedenen Formen und Ursachen, bleibt, wie Foucault belegt, im gesamten 19. Jahrhundert weitgehend getrennt von einer psychiatrischen Praxis, die nach dem Imperativ der Normalisierung operiert.

Ausgangspunkt dafür ist die Überzeugung, dass Wahnsinn die Äußerung eines kranken Willens darstellt, den es zu

brechen und durch eine Anerkennung der Realität zu ersetzen gilt. Dazu stehen der Anstalt eine Reihe von disziplinierenden Verfahren und Techniken zur Verfügung. Eine strenge Reglementierung aller Abläufe soll – notfalls durch Entzug von Annehmlichkeiten – die Insassen einem anderen, ärztlichen Willen unterstellen. Die Beschäftigung von arbeitsfähigen Patienten auf dem Gelände der Anstalt hat nicht nur ablenkende Funktion, sie gliedert, durch die Entlohnung mit kleinen Geldbeträgen, auch wieder in einen ökonomischen Kreislauf ein. Schließlich geht es in den Befragungen durch den Arzt vor allem darum, den Kranken mit einer Geschichte auszustatten, in der die Stationen der Erkrankung in Zusammenhang mit biographischen Begebenheiten gebracht werden und somit eine Individualität konstituieren. Den Fluchtpunkt aller Bemühungen bildet dann die Einsicht des Geisteskranken in seine eigene Verrücktheit und die Anerkennung der vorgegebenen Realität. Erst wenn der Wahnsinn sich selbst als Wahnsinn und die Realität als einzig wahre Wirklichkeit erkennt, würde er – so glaubte man – zugleich überwunden.

Als Beleg dafür führen die Vorlesungen eine Vielzahl unterschiedlichster Quellen an, die sich nicht allein auf zeitgenössische medizinische Abhandlungen beschränken. Um das skizzierte ›Disziplinardispositiv‹ freizulegen, bedarf es ebenfalls der Berichte über den Anstaltsalltag, Aufzeichnungen der räumlichen Gegebenheiten und vor allem einer akribischen Analyse von ausgewählten Einzelfallbeschreibungen. Im Gegensatz zu einer chronologischen Rekonstruktion des historischen Materials wirkt die von Foucault entworfene Entstehung der

Psychiatrie aus dem Geist der Anstalt deshalb nicht selten verstreut und diffus. Dennoch hat die Vielstimmigkeit Methode, da sich die untersuchten ›Mikromächte‹ erst im Zusammenhang und in den Beziehungen von unterschiedlichen Faktoren zeigen. Spannender als die Frage, ob die von Foucault angeführten Verhältnisse tatsächlich Allgemeingültigkeit beanspruchen können, sind daher einerseits die großen Linien, die er bis in das 20. Jahrhundert hinein verlängert, und andererseits die historischen wie gesellschaftstheoretischen Schlussfolgerungen, die sich aus seiner Machttheorie ergeben. So liefern Foucaults Ausführungen einen durchaus anderen Blickwinkel auf die in den 70er Jahren verbreitete Kritik an der institutionalisierten Psychiatrie und der Psychopathologie. Denn sowohl die neurologische Medizin als auch die Psychoanalyse, die beide gegen Ende des 19. Jahrhunderts scheinbar eine radikale Wende in die Behandlung und Klassifikation des Wahnsinns herbeiführen, verlassen aus seiner Sicht keineswegs den Pfad der Disziplinierung und der Normalisierung. Während die im Fahrwasser der neurologischen Forschung entwickelten Psychopharmaka in erster Linie einer Unterdrückung der Symptome dienen und nicht einer Erklärung des Wahnsinns, suchen Psychoanalyse und Psychotherapie zwar nach den Wurzeln des Leidens in der Vergangenheit der Patienten, tendieren jedoch gerade aufgrund ihres individualpsychologischen Ansatzes zur Wiederherstellung eines moralisch und ökonomisch funktionstüchtigen Subjekts, ohne die allgemeinen Hintergründe der vermeintlichen ›Normalität‹ in Frage zu stellen. Foucaults Vorlesungen hingegen verorten die Entstehung der

klinischen Psychiatrie in einem Wandel der gesamtgesellschaftlichen Organisation und sehen sie lediglich als Teil einer neuen ›Disziplinargesellschaft‹. In der Zusammenschau mit den in den 70er Jahren publizierten Werken, insbesondere mit *Surveiller et punir* von 1975, zeichnet sich eine eigenständige Modernisierungsthese ab: Demnach bedeutet die Auflösung der absolutistischen Herrschaft und die soziale Ausdifferenzierung keine fortschreitende Freisetzung von Individualität durch die Rückbildung normativer Bindungskräfte, sondern im Gegenteil eine neuartige Form der Machtverteilung auf anonyme Verhältnisse, Techniken und Institutionen, die durch Disziplinierung, Überwachung und Normalisierung überhaupt erst Individualität produzieren. Neben den differenzierten und materialreich unterlegten Ausführungen zu den Anfängen der klinischen Psychiatrie sind es vor allem die eingängigen Einführungen in seine neuartige Analyse der Mikromächte und deren historisch-politischen Implikationen, die diese Vorlesungen überaus lesenswert machen.

Dirk Quadflieg

Heide Gerstenberger/Ulrich Welke, Arbeit auf See. Zur Ökonomie und Ethnologie der Globalisierung, Westfälisches Dampfboot: Münster 2004. 399 Seiten (mit DVD). 29,80 €

IN keinem Wirtschaftssektor hat der globalisierte Markt einen Strukturwandel derart frühzeitig und unvermittelt befördert wie im Bereich des Seetransports. Die in den letzten drei Jahrzeh-

ten erfolgten Veränderungen in der Branche sind gravierend: zu den technischen Veränderungen durch die Containerisierung und Automatisierung seit den 1960er Jahren kommen weitreichende Deregulierungsmaßnahmen. Einst wie kaum ein anderes Gewerbe staatlich reguliert, vollzieht sich der heutige Verkehr auf den Weltmeeren überwiegend in einem rechtlichen Niemandsland, indem vor allem die Bedingungen kapitalistischer Marktverhältnisse gelten. Kontrollmechanismen sind nur noch rudimentär vorhanden, die unzureichenden Klassifikationsgesellschaften inzwischen ohnehin meist privatisiert. Schiffe, die anstatt in den Hochofen zu wandern, als potenzielle Gefahrenquellen weiterhin auf den Weltmeeren verkehren, sind nur das auffälligste Merkmal dieser Entwicklung. Regulierungs- und Kontrollregimes, die ohnehin nur Bruchteile der Welthandelsflotte einbeziehen, werden allenfalls nach spektakulären Umweltkatastrophen etabliert. Jene Schiffe, die dennoch in das Kontrollraster geraten, sind meist als »ships of shame« längst abgeschrieben; ihr Verlust durch das an die Kette-Legen bereits einkalkuliert. Weltweit befinden sich derzeit circa 60.000 Seeleute manchmal bis zu zwei Jahren auf solchen festliegenden und teilweise kaum noch schwimmfähigen Fahrzeugen.

Der transnational strukturierte Arbeitsmarkt zeigt sich besonders in der ethnischen Zusammensetzung der Besatzungen. Beschäftigungsbereiche, in denen lediglich Basisqualifizierungen erforderlich sind, werden fast vollständig von Arbeitsmigranten besetzt. Bereits 1999 betrug der Anteil der europäischen *ratings* nur noch ein Prozent aller in der Weltseeschifffahrt beschäftigten Personen. Die

Gründe dafür sind offensichtlich: Eine zehnköpfige Crew chinesischer Seeleute soll derzeit für 2.500 US-\$ zu heuern sein. »Nationale Seefahrt« ist also für die traditionellen Schifffahrtsländer längst Geschichte. Die auf dem einstigen Paternalismus der Traditionsreedereien basierende Corporate Identity ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – seit Jahrzehnten obsolet. Schiffe sind oft unter der Flagge irgendeines exotischen Landes zuweilen ohne Meerzugang registriert, während die Reederei in einem europäischen Land ihren Firmensitz unterhält, die Schiffsoffiziere aus osteuropäischen Ländern und die *ratings* aus verschiedenen asiatischen Ländern stammen.

Die Autoren verweisen darauf, dass die für die maritimen Berufe früher charakteristische, internationale Arbeitskultur inzwischen erodiert ist. Erhalten haben sich nur die formalen, das heißt funktional-hierarchischen Strukturen der Arbeitsorganisation, wie sie bereits im Zuge der Industrialisierung in den Betrieben an Land etabliert wurden. Für den heutigen Bordbetrieb sind demnach Organisationsmuster charakteristisch, die an das 19. Jahrhundert erinnern. (S. 72) Formale Ausbildungsgänge und kontinuierliche Weiterbildungsmaßnahmen haben indes an Bedeutung verloren. Fachkenntnisse und das nach wie vor erforderliche handwerkliche Geschick werden nur noch selten durch klassische seemännische Ausbildungsdurchläufe vermittelt, sondern sind vom Decks- und Maschinenpersonal durch ein »learning on the job« zu erwerben. Gefragt ist der Typus eines »ungerlenen Generalisten«, der sich umfassende Kenntnisse in der Praxis aneignet. Folgt man den AutorInnen, so wird selbst die Beherrschung der kom-

KRITIK

plexen elektronischen Steuerungstechnik moderner Antriebsmaschinen den selbstständigen Lernprozessen des technischen Personals überlassen. Erfahrungswissen wird den Schiffskollegen oft vorenthalten, um individuelle Vorteile auf dem Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten. Rassistische Stereotypisierungen spielen bei diesen exklusiven Vorgehensweisen offenbar eine wesentliche Rolle.

Die vorliegende Untersuchung hat insofern einen Ausnahmecharakter, als die wissenschaftlichen Beiträge über die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung noch immer rar sind und die aktuelle Soziologie hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf den maritimen Bereich kritisch zu hinterfragen ist. Grundlage der Studie sind teilnehmende Beobachtungen, die während sechs gemeinsamer Reisen auf im Besitz deutscher Reedereien befindlichen Schiffen erfolgten. Dabei wurden 97 Seeleute aus neun Herkunftsländern angetroffen. Mit einem qualitativen Methodenmix aus »Beobachtungs- und Experteninterviews« und 14 Gruppendiskussionen mit deutschen Seeleuten werden die Arbeits- und Lebensbedingungen des Bordpersonals aus einer mikrosoziologischen Perspektive analysiert. Die sich ergebenden Nachteile für die Repräsentativität und Generalisierbarkeit der gewonnenen Forschungsergebnisse werden durchaus thematisiert: Selbstdarstellungsinteressen der Eigner, Fokussierung auf deutsche Verhältnisse, Selbstzensur der Befragten und Manipulation durch Einsatz von Videokameras und Mikrofonen. Sie werden als zu vernachlässigende Einflussfaktoren eingeschätzt.

Das Fazit der Studie ist ernüchternd: Multinational zusammengesetzte Besatzungen mit unterschiedlicher kultureller

Herkunft schaffen keine »Kultur der Hybridität«, also eine Mischkultur aus einzelnen Elementen der verschiedenen Ausgangskulturen. (S. 285) Arbeitsalltag und Freizeitverhalten an Bord werden heute im Wesentlichen durch Technik, Bürokratie und ein rigides Zeitregime bestimmt. Die Sozialbeziehungen sind durch Abschottung bzw. Segregation einzelner Sprach- und/oder Religionsgemeinschaften in separierten Kleingruppen reduziert (»Diaspora-Verhalten«) oder es herrscht soziale Isolation und Vereinsamung. Die für den funktionierenden Schiffsbetrieb notwendigen Assimilationsleistungen bleiben hauptsächlich auf den Arbeitsablauf beschränkt und werden lediglich aufgrund des ökonomischen Anpassungsdrucks erbracht.

Galt früher ein kosmopolitischer Erfahrungshorizont als das berufsspezifische Charakteristikum des Seeleuteberufs, so ist dieses Bild zu revidieren. Immer kürzere Umschlagszeiten haben die Hafensliefenzeiten und damit die Möglichkeiten des Landgangs erheblich verringert. Dieser Tatsache und der weltweiten Terrorismusfahndung ist es zuzuschreiben, dass viele Beschäftigte über Monate nicht von Bord gelangen. Kollektive Widerstandsformen zeichnen sich den Verfassern zufolge aufgrund der disziplinierenden Wirkung der Arbeitsmarktkonkurrenz nirgends ab.

Wer sich über den sozialen Mikrokosmos an Bord heutiger Schiffe informieren möchte, erhält mit der vorliegenden Studie einen guten Einblick. Deutlich wird, welche destruktiven Auswirkungen ein deregulierter Markt auf Kosten der Sicherheit von Umwelt und Besatzungen entfaltet. Flexibilität und Kreativität, um zwei aktuelle Schlagwörter zu bemühen, stehen demnach synonym für die Ent-

ledigung unternehmerischer Sicherheits- und Sorgfaltspflichten und deren Ersatz durch »eigenverantwortliches« Risikomanagement der abhängig Beschäftigten. Die filmische Dokumentation auf der beigefügten DVD veranschaulicht diesen weit fortgeschrittenen Prozess auch visuell.

Hartmut Rübner

Dietrich Eichholtz, Deutsche Politik und rumänisches Öl (1938–1941). Eine Studie über Erdölimperialis- mus, Leipziger Universitätsverlag: Leipzig 2005. 68 Seiten. 15 €

ES ist einigermaßen erstaunlich, dass in der neueren Literatur zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs dem Platz Rumäniens im strategischen Konzept Deutschlands zwar einiges Gewicht beigemessen wird, das Interesse am rumänischen Erdöl bei der Behandlung der wirtschaftlichen Interessen jedoch nur als ein Faktor neben anderen gilt. Man darf gespannt sein, ob die Untersuchung von Dietrich Eichholtz diesbezüglich eine Trendwende einleitet.

Wie sollte aber, so könnte eingewendet werden, ein Büchlein mit weniger als hundert Seiten zu einem solchen Anstoß ausreichen oder, um es umgangssprachlich modisch auszudrücken, zum Trendsetter werden?

Wer sich ohne Vorbehalte von den Fakten, die der Verfasser aus intensivem Aktenstudium gewonnen hat, leiten lässt, wird kaum anders können als zuzugestehen, dass Eichholtz' These, »das rumänische Öl stellte die wichtigste Ressource

für Expansion und Krieg und zugleich eines der hauptsächlichen deutschen Kriegsziele dar« (S. 16), einiges für sich hat.

Es beeindruckt besonders, wie in der konzisen Darstellung ein Bündel von Problemen auseinander genommen und doch in der Zusammengehörigkeit der einzelnen Komplexe behandelt worden ist.

Die politischen und wirtschaftlichen Eliten NS-Deutschlands wurden sich im Zuge der Vorbereitungen auf den Krieg zunächst zögernd, dann immer mehr bewusst, dass im angestrebten großen Krieg die Versorgung mit Treibstoff zum entscheidenden Schwachpunkt werden konnte. Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und die technologische Entwicklung danach erforderten einen hohen Motorisierungsgrad der Armee, um die Gegner in schnellen Feldzügen niederzuwerfen. Großbritannien, Frankreich, die UdSSR und die USA verfügten jedoch über weit größere Treibstoffreserven als Deutschland. Dessen Bündnispolitik musste also wesentlich darauf abzielen, Partner zu gewinnen, die über das notwendige Erdöl verfügten. Diese Erkenntnis setzte sich 1938 durch, als die Verantwortlichen für die Rüstung erkannten, dass sie den Bedarf an Treibstoff für eine moderne, bewegliche Armee ebenso unterschätzt hatten, wie sie viel zu optimistische Erwartungen in die Möglichkeiten der Gewinnung synthetischen Treibstoffs gesetzt hatten. Rumänien, zu diesem Zeitpunkt der viertgrößte Erdölproduzent der Welt, bot sich als Bundesgenosse an. Die dort herrschenden großrumänischen Nationalisten sahen in Deutschland einen wirtschaftlich, politisch und militärisch starken Partner, um mit seiner Unterstützung territoriale

KRITIK

Revisionsansprüche der Nachbarstaaten abzuwehren.

Diesen gemeinsamen Interessen, gefördert durch einen verbindenden militanten Antisemitismus und Antikommunismus in beiden Ländern, standen aber bis 1940 nicht geringe Hindernisse im Weg. Die Erdölförderung Rumäniens hing in hohem Maße von ausländischem Kapital ab, wobei das britische eine beherrschende Position inne hatte, deutsche Anleger aber schwach vertreten waren. Seit den großen Anfangserfolgen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg fürchtete Rumänien zum bloßen Satelliten der faschistischen Führungsmacht herabzusinken. Nach den deutschen Siegen im ersten Halbjahr des Jahres 1940 wurden der politische Einfluss der Westmächte und deren bis dahin beherrschende finanzielle Position in Rumänien gebrochen. Dabei spielte der Anfang des Jahres zum deutschen Sonderbeauftragten in Bukarest ernannte Hermann Neubacher eine nicht geringe Rolle. Davor Bürgermeister in Wien, nutzte er seine hervorragenden Kenntnisse der Verhältnisse in Südosteuropa, um deutschem Einfluss den Boden zu bereiten. Nach dem Staatsstreich des Marschalls Antonescu im September 1940 und der erzwungenen Abdankung des Königs Carol II. geriet die rumänische Wirtschaft fast ganz unter deutsche Kontrolle. Antonescu bot sich und Rumänien als engen Verbündeten in einem Krieg gegen die Sowjetunion an, noch bevor er Kenntnis von den laufenden deutschen Kriegsvorbereitungen für das Jahr 1941 hatte. In diesem Jahr exportierte Rumänien mit fast drei Millionen Tonnen annähernd zwei Drittel der gesamten Erdölförderung nach Deutschland. Ohne dieses Öl wäre

Deutschland nicht in der Lage gewesen, die groß angelegten militärischen Operationen nach dem Überfall auf die Sowjetunion und im Seekrieg gegen die Westmächte durchzuführen.

Zu den besonders wichtigen Ergebnissen der Untersuchung gehört der Nachweis, dass Vertreter der deutschen Hochfinanz (Deutsche Bank) und der Wirtschaft (IG Farben) bei der Durchdringung Rumäniens im Interesse der politischen und militärischen Führung NS-Deutschlands eine kaum zu überschätzende Rolle spielten. Und zwar nicht nur als Ausführende oder gar Getriebene, sondern als Vordenker und Mitgestalter, bei denen die eigenen Interessen und die der Machthaber weitgehend im Einklang waren. Eine ähnliche Tendenz enthüllt die jetzt – Anfang 2006 – vorgelegte, von Klaus Dietmar Henke geleitete vierbändige Untersuchung über die Dresdner Bank in der Zeit des Nationalsozialismus. Erleben wir vielleicht eine Renaissance der Erforschung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus, wobei diesmal nicht auf halbem Wege halt gemacht wird? Erhält eventuell die Imperialismus-Forschung, in der es zumindest in den sechziger und siebziger Jahren einen fruchtbaren Dialog zwischen Ost und West gegeben hat, wieder eine Chance, zum Beispiel, um ohne Scheu der Frage nachzugehen, welche Rolle der Drang nach Erdöl in der imperialen Politik von Großmächten bis in die Gegenwart hinein spielt?

Werner Bramke

Georg Fülberth, G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus, Papy-Rossa Verlag: Köln 2005. 314 Seiten. 19,80 €

WER im Kapital-Grundkurs nicht aufgepasst hat, muss bis Seite 19 warten, um den Titel von Georg Fülberths kleiner Geschichte des Kapitalismus zu verstehen. Auf dieser Seite stellt Fülberth die Marxsche *Kreislaufformel des Geldkapitals* vor: Ein Kapitalist gibt Geld (G) aus, um mittels Waren (W) Güter zu produzieren, die ihm mehr Geld (G') als das eingesetzte erbringen. Der Titel des Buches zeigt mithin, dass sein Autor den Gewinn bzw. das Streben nach Gewinn für das wesentliche Merkmal kapitalistischen Wirtschaftens hält.

G Strich ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten, kürzeren Teil des Buches (S. 12–80) – dem Theorie-Kapitel – beschäftigt sich Fülberth zum einen mit der Frage, was Kapitalismus ist, und er beugt sich zum anderen auf die (dogmengeschichtliche) Suche nach dem Gewinn. Um in Bezug auf die beiden Begriffe zu einer Definition zu kommen, diskutiert Fülberth Beiträge von verschiedenen Autoren bzw. Schulen und kommt zu der folgenden »(vorläufigen) Schlussdefinition«: »Kapitalismus ist die Funktionsweise von Gesellschaften, die auf der Erzielung von Gewinn und der Vermehrung (Akkumulation) der hierfür eingesetzten Mittel (= Kapital) durch ›Warenproduktion mittels Waren‹ (Sraffa) sowie durch den Kauf und Verkauf von Waren oder die Erstellung und den Verkauf von Dienstleistungen beruhen.

Der Gewinn entsteht aus ungleichem Tausch (Braudel), ist marktvermittelte

Herrschaft (Heilbroner), und zumindest in seiner bisherigen Geschichte war er mit ständiger Produkt- und/oder Prozessinnovation (Schumpeter), die meist auch (aber nicht nur) auf Nutzbarmachung naturwissenschaftlich-technischen Fortschritte beruhte, sowie mit starkem Ressourcenverschleiß und mit zunehmender Belastung von Senken (Commoner/Kapp/Tjaden) verbunden.

Im Kapitalismus hat die Erzielung von Gewinn Eigentum an Kapital zur Voraussetzung, gleichgültig, um welche Art von Gewinn (Handelsgewinn, Mehrwert, Innovationsgewinn) es sich im jeweiligen Fall handelt.« (S. 78)

Fülberths eklektisches Vorgehen, um zu einer gehaltvollen Definition zu gelangen, ist durchaus sinnvoll, weil keine ökonomische Theorie für sich beanspruchen kann, alle Aspekte kapitalistischen Wirtschaftens zu erfassen. Nicht ganz nachvollziehbar ist allerdings, warum Fülberth lediglich Schumpeter im Zusammenhang mit Innovationsgewinnen behandelt. Schumpeter vernachlässigt im Rahmen seiner Theorie gerade die produktivitätssteigernde Wirkung von Prozessinnovationen, während Marx diesen Sachverhalt als wohl eine der wichtigsten Eigenschaften der kapitalistischen Produktionsweise im 1. Band des Kapitals stringent ableiten kann.

Der zweite Teil des Bandes (S. 81–300) enthält dann die eigentliche Geschichte des Kapitalismus, er beeindruckt aufgrund der thematischen Breite und durch die Fülle des verarbeiteten Materials. Fülberth beginnt dabei mit der Vorgängergesellschaft des Kapitalismus – dem Feudalismus – und der Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus, um die bisherige Geschichte des

KRITIK

Kapitalismus dann in sieben Epochen zu unterteilen. Jede Epoche wird dabei anhand von bestimmter Kriterien behandelt: die jeweiligen stofflichen Grundlagen, die Sozialstruktur, das Geschlechter- und Generationenverhältnis, das räumliche Arrangement und die Gegenbewegungen gegen die jeweilige Ordnung, Politik und Staat sowie für den entwickelten Kapitalismus die Organisierung von Arbeit und Kapital.

Die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Entwicklung bezeichnet der Autor als neoliberal, ihren Beginn setzt er im Jahr 1974 an. Diese Epoche zeichne sich dadurch aus, dass nach dem Untergang des staatlich organisierten Sozialismus keine nennenswerte Gegenbewegung mehr bestehe, die die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel habe – eine neue Situation in der Geschichte des Kapitalismus.

Bei der Beurteilung der Perspektiven der kapitalistischen Produktionsweise ist Fülberth sehr zurückhaltend. Er zitiert zwei längere Passagen aus Publikationen von Eric Hobsbawm und von Robert Heilbroner/William Milberg, die er dann wie folgt zusammenfasst: »Hobsbawm, Heilbroner/Milberg und andere Autoren [...] halten demgegenüber offenbar daran fest, es sei wünschenswert, den Kapitalismus seiner Eigenschaft als Gesellschaftssystem zu entkleiden und ihn allenfalls als Wirtschaftsweise beizubehalten, die von der Gesellschaft nach nichtkapitalistischen Normen und Interessen unter Nutzung der Ressourcen, die diese Wirtschaftsweise bereitzustellen in der Lage ist, reguliert wird. Die Frage, ob dies etwa künftig in China möglich sein wird, muß gegenwärtig offen bleiben.« (S. 291)

Auch die Frage, wie lange es den Kapitalismus noch geben wird, lässt der Autor offen. Aus dem Verweis auf die 500jährige Dauer des Feudalismus kann man aber schließen, dass Fülberth der zeitgenössischen Produktionsweise noch einige Jahrzehnte, möglicherweise sogar Jahrhunderte gibt.

Fazit: Georg Fülberth gelingt auf dreihundert Seiten eine sehr komprimierte und in ihrer Art des Überblicks zumindest in Deutschland einmalige Darstellung der Geschichte des Kapitalismus, an der sich ähnliche Arbeiten werden messen lassen müssen.

Kai Eicker-Wolf